

Märkisches Tageblatt

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Inserationen werden die 7 gespaltene Petitzeile mit 10 Pf. berechnet.

verbunden mit dem

General-Anzeiger

für Witten und Umgegend.

Abonnementspreis (incl. der Gratisbeilage „Märkisches Heim“): 1,80 Mark vierteljährlich, monatlich 60 Pf. bei Bestellung durch die Posten.
Bei Abnahme auf der Post incl. Postgebühren 2,20 Mk.

Ludwig Windthorst.

Der greise Führer der Centrums-Partei, die eine Exzellenz, ist am verflochtenen Samstag Morgen verschieden und hat dieses Ereignis in den Kreisen lebhafteste Theilnahme erweckt. Der Verstorbene hatte viele politische Gegner, persönliche hatte er nicht; seine große Lebenswürdigkeit, sein gefälliges Wesen, verbunden mit hoher geistiger Begabung und mit hervorragendem, pflichtigen Arbeitsfleiß, erwarben allseitige Anerkennung. Am 17. Januar 1812 zu Kalbenhof bei Verfpappen (Osnabrück), wo seine Eltern ein bäuerliches Gut besaßen, erhielt er seine Schul- und Vorbereitung für den geistlichen Stand auf dem Carolinum zu Osnabrück, studierte aber dann in Göttingen und Heidelberg die Rechtswissenschaften. Erst Anwalt in Osnabrück, wurde er dort ritterlicher Syndikus und Konsistorialrath, 1848 er-Appellationsrath in Celle. Im Jahre 1849 die zweite hannoversche Kammer gewählt, ernannte ihn der König 1851 zu deren Präsidenten, noch in demselben Jahre zum Minister. In der Stellung setzte er die Errichtung eines Hofraths in Osnabrück durch und beschäftigte nach seinem Austritt aus dem Ministerium Scheele 1852 bis 1862 mit staatsrechtlichen Arbeiten. Im Dezember 1862 bis zum Oktober 1865 fungierte als Justizminister unter dem verfassungsfeindlichen von Alton und wirkte auf engen Anschluß Hannovers an Österreich hin. Im Jahre 1867 wählte der Kreis Rügen-Wiepen in den Norddeutschen Reichstag, und dieses Mandat hat er bis zu seinem Tode bekleidet. Unermüdet thätig für die Interessen des Königs von Hannover, für dessen Sohn und den Herzog von Cumberland, te er einen gleich großen Eifer für die katholische Kirche des Papstes und seiner Anhänger. Durch seinen Einfluß und seine Bemühungen entstand 1871 die ultramontane Centrums-Partei, deren Führer er wurde und blieb. Immer schlagfertig, wohl in der Offensive wie in der Verteidigung, scharf in der Satire und Dialektik, Jesuitenfreund und Scheitel bis zur Sohle, war er ein nicht zu unterschätzender Gegner, mit dem die bedeutendsten Staatsmänner zu rechnen hatten.

Selten hat wohl ein Mann es verstanden, sich ein Amt zu bescheiden, ein solches Ansehen und politischen Einfluß zu erwerben, wie Windthorst. Zu rechter Zeit wußte er sich von dem Ministerposten zurückzuziehen, so daß die für Hannover 1866 hereinbrechende Katastrophe seinen persönlichen Nimbus nicht schädigte. Immer mehr wuchs die Bedeutung und er erreichte es, daß die Regierung ihm, dem Privatmann, Vertrauen bezug. Rommisse abschloß, wie mit einer bestehenden Macht, entwegt hielt er seinen Zielpunkt fest, und wo er zu Zugeständnissen herabließ, wo er nachgab, geschah es nur unter der Bedingung, daß man ein Stück seiner Forderungen bewilligte. In letzten Zeit war er im deutschen Parlamente ausfallende Mann und auf der Höhe der Bedeutung angekommen. Jetzt, wo der unglückliche Tod seinem Wirken ein Ende setzt, hatte den Triumph, daß der Kultusminister v. Goltz, langjähriger Widersacher, ihm weichen mußte. Ob das Wirken und Streben des Vereingenen für unser Deutsches, und namentlich unser kaiserliches Vaterland ein segensreiches war, ist Frage wollen wir an dem offenen Grabe nicht denken, als Mensch, als energischer Charakter nun wir ihm die Anerkennung nicht versagen. Wer wird sein Verlust auch die Centrums-Partei sein, ob sein Nachfolger ihn ganz und voll ersetzt, kann es beurtheilen? Mit Windthorst scheidet für seine Ziele immer streitbarer Mann aus dem Leben; er hat viel gearbeitet und gekämpft, möge nun, nach dem er den Zenith seines Ansehens ein hohes Alter erreicht hatte, die Ruhe und Frieden zu Theil werden, den er als gläubiger Christ erhoffte.

Bundschau.

* Seit Laffalle die deutschen Arbeiter in die ersten der Strikes eingeweiht hat und seit ihnen Coalitionsfreiheit gegeben ist, haben wir zwei Perioden der Strikes durchgemacht: Eine unter Leitung Laffalle's, Schweizer's und der Max Hirsch's, in welcher ohne gesammelte Erfahrungen operiert wurde, und die Strikes, lediglich als zweischneidiges Schwert wirkend, meist keine dauernde Erfolge für die Arbeiter erzielten. Dann die zweite Periode zur Zeit der sogenannten Hungerperiode, in der zwar die Vorbereitung später Prosperität der Unternehmungen vorhanden, man sich aber über die Solidität und Dauer haben in einer großen Täuschung befand, so daß den folgenden magere Jahre die erlittenen

Vorteile größtentheils wieder verloren gehen mußten. Zu Anfang der achtziger Jahre sind wir nun in die dritte Periode der Strikes eingetreten; der Umstand, daß die Strikes hier oft den Anforderungen der Arbeiter günstig verlaufen, zeigt, daß die gewerblichen Betriebe in aufsteigender Prosperität sich befinden, so daß die Unternehmer oft in der Lage waren, auf Grund von Verhandlungen mit den Arbeitern Lohnerhöhungen eintreten zu lassen. Gegenwärtig nun scheint es, als träten wir abermals in eine neue Periode ein, in welcher die Strikes aber lediglich in böswilliger Absicht begonnen und von „falschen Freunden“ angezettelt werden. Daß derartige Strikes, mag hier und da zuerst ein Erfolg erzielt werden, schließlich zum Unheil für die Arbeiter ausschlagen müssen, darüber ist kein Zweifel. Die günstige Folge aber kann dann sein, daß die Arbeiter endlich einssehen werden, daß ihre sozialdemokratischen Führer lediglich ein Interesse daran haben, die Arbeiter in einer dürftigen Lage zu erhalten, um sie als Agitationsmittel für ihre selbstjüchtigen Zwecke benutzen zu können.

* Das wahre Antlitz der Sozialdemokratie wird von diesen vor Gegnern und Ueingezeichneten auf das Sorgfältigste verhehlt. Daß diesem Versteckspiel können es sich die Sozialdemokraten leisten, wenn für einen Ignoranten oder etwas noch Schlimmeres zu erklären, der nicht glauben will, daß die sozialdemokratische Bewegung in Wirklichkeit so harmlosen Charakters sei, als ihre offiziellen Leiter der öffentlichen Meinung weismachen möchten. Freunden und Eingeweihten gegenüber lassen sich die Herren schon mehr gehen, sie tauschen Vertrauen um Vertrauen und manche Geheimnisse werden gemacht, über welche für gewöhnlich der Schleier dichten Geheimnisses gebreitet liegt. Der Regel nach erzählt nun zwar das große Publikum von derartigen Ergüssen gleichgültiger Seelen nichts, aber keine Regel ohne Ausnahme. Und eine solche Ausnahme ist eben jetzt in Brüssel zu konstatieren. Der berühmte Pariser Kollektivist und Umsturzapostel par excellence, Herr Jules Guesde, auch in Deutschland bekannt durch sein Erscheinen auf dem vorjährigen sozialdemokratischen Parteitag zu Halle, durch seinen mehrtägigen Aufenthalt in Berlin, seinen intimen Umgang mit den Führern der deutschen Sozialdemokratie, endlich durch seine Mitarbeiterschaft an dem offiziellen Parteiorgan den Berliner „Vorwärts“, hat nämlich soeben in der belgischen Hauptstadt zum Besten der dortigen Arbeiterbewegung für das allgemeine Stimmrecht agitatorische Gaskrollen gegeben, welche mit großem Eifer in Szene gesetzt und mit frenetischem Beifall honoriert worden sind. Nach dem Vorhin über die Beziehungen des Herrn Jules Guesde zu der deutschen Sozialdemokratie gemachten Andeutungen wird man diesen Herrn für so wohlinformiert über Wesen, Mittel und Ziele der Bewegung halten dürfen, als es nur immer jemand sein kann, der mit den Spitzen der Partei auf Du und Du steht. Es ist deshalb nicht nur von örtlichem Interesse für die Brüsseler, sondern ganz besonders auch für deutsche Ohren zu hören, was Hr. Guesde seinen Zuhörern aus seiner Kenntniß der deutschen Verhältnisse heraus vernimmt. Der uns vorliegende Bericht der „Zündp. Belg.“ sagt diesbezüglich wörtlich: „Sehen Sie, wie in Deutschland das Proletariat über den ehernen Staatsmann Bismarck gestiegt hat. Unsere überheimlichen Freunde stehen jetzt Aug in Aug dem deutschen Kaiserthum gegenüber. Noch einige Friedensjahre und ihr Werk wird vollbracht sein. Zu diesem Frieden werden wir französischen Sozialisten das unfähige beitragen.“

Die Offenheit des Franzosen ist dankenswerth, obwohl sie den Herren Bebel, Singer u. noch unerwünschter kommen dürfte, als die neuliche, von Engels bewirkte Veröffentlichung der Marx'schen Kritik des Gothaer Programms, mit ihrem Hinweis auf die kommende Diktatur des Proletariats. Der Frieden, an dessen Aufrechterhaltung für noch etliche Jahre deutsche und französische Sozialisten interessiert sind, ist selbstverständlich ein total anderer, als ihn die Staatsmänner und Völker des Dreibundes im Auge haben. Denn in wenigen Jahren hoffen Chauvinisten und Panславisten jedenfalls die letzte Hand an die Kriegseröffnung ihrer Länder gelegt zu haben, sobald nachher der Tanz losgehen kann. Und wer nach der Hoffnung des Franzosen Guesde die Fische bezahlen soll, bedarf wohl keines näheren Hinweises. Das hindert die deutschen Sozialdemokraten aber nicht, sich zu jenem Herrn auf besten Fuß zu stellen.

* Zwischen England und Portugal ist ein besonderer kleiner Kolonialkonflikt entstanden. Eine britische Jagdgesellschaft, welche in das portugiesische Gebiet am Riasa-Flusse eindrang und sich dort unnütz aufhielt, wurde festgenommen. Die

Herren Engländer wollen natürlich total unschuldig gewesen sein, aber zum Glück ist schon aus Schilderungen von Engländern selbst bekannt, wie es diese sogenannten Jagdgesellschaften treiben, die richtiger Wild-Mörder zu nennen sind, weil sie den ganzen Wildstand systematisch auf ihren Raubjügen ausrotten.

In Belgrad wird wieder Skandal gemacht. Exkönig Milan streitet sich mit dem Premierminister Garaschagin in offenen Briefen herum, die recht erbauende Sachen an das Tageslicht bringen. Unter Anderem wirft Garaschagin dem Könige vor, er habe politische Verbrecher, deren Aussagen ihm unbecommt waren, im Gefängnis erdrosselt lassen. Der Streit der politischen Parteien geht ungewöhnlich hoch; die Urheberin aller dieser Vorfälle scheint die Exkönigin Natalie zu sein, deren Bestreben offenbar ist, der Regierung Verlegenheit zu bereiten und sich selbst zu Macht und Ansehen zu bringen.

Deutscher Reichstag.

83. Sitzung vom 14. März.

Am Bundesrathstische: von Caprivi, von Bütticher, von Kattenborn, Admiral Hollmann.

Vor Eintritt in die Tagesordnung richtet Präsident von Tschadow folgende Ansprache an das Haus, welche die Anwesenden stehend entgegennehmen: Wir stehen Alle tief bewegt unter dem Eindruck einer Trauerbotschaft: Der Abg. Dr. Windthorst, welcher noch am vergangenen Montag unter uns weilte und am letzten Sonnabend noch mit der bekannten Lebendigkeit sich an unseren Verhandlungen betheiligte, ist Sonnabend früh 8½ Uhr nach kurzer Krankheit in seinem 80. Lebensjahre aus dieser Weltlichkeit abberufen worden. Mitglied des Reichstags des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reiches von Anfang an, seit fast fünfundsiebzig Jahren hat Dr. Windthorst durch seine ungewöhnliche Gesittetheit, seine Arbeitskraft, seine Gewandtheit, durch seine Gabe, sich persönlichen Einfluß zu verschaffen und ihn zu üben, durch seinen weiten Blick den Werth eines Politikers und Parlamentariers und unter uns eine Stellung von eminenter Bedeutung sich erworben. Wenn er — und das geschieht bei jeder wichtigen Gelegenheit — das Wort ergreift, so waren wir auf allen Seiten dieses Hauses gewohnt, seiner Rede zu lauschen. In und außerhalb des Hauses wurde auf seine Meinung über schwebende Fragen großes Gewicht gelegt, und gar oft ist sein Wort schwerer in die Waagschale gefallen. Auch im persönlichen Verkehr verstand er der Feingebung, durch Lebenswürdigkeit, Humor und Frische die Zuhörer an sich zu fesseln, und ich persönlich habe für manden Bereich seiner freundlichen Gesinnung ihm herzlich zu danken. Kaum Jemand im Reichstage wurde rechts und links in der Mitte so verehrt worden, wie diese verehrte „Exzellenz“. Sein Leben ist köstlich gewesen, denn es ist Mühe und Arbeit gewesen von Jugend an bis ins spätere Greisenalter, und arbeitend ist er gestorben! — Sie haben, meine Herren, zu Ehren des Heimgegangenen sich erhoben. Er ruhe in Frieden! Während dieser Worte wurde in der Centrums-Partei manches Auge naß.

Darauf wird die dritte Beratung des Reichshaushalts beim Militärsekt fortgesetzt.

Abg. Otterer (Chr., Marquardsen (natl.) treten für die heute schon in Bayern bestehende Öffentlichkeit des Militärgerichtsverfahrens ein, die sich durchaus bewährt habe, und welche keine politische Partei in Bayern beilegt zu haben wünsche.

Abg. Szynla (Chr.) hält die Einführung des öffentlichen Militärgerichtsverfahrens in einer Zeit des Aufstrebens gegen die Arme für gefährlich. In einer solchen Zeit müsse Alles vermieden werden, was die Autorität untergraben, die Disziplin erschüttern könne.

Abg. Singer (Soz.) befreit, daß der Abg. Bebel maßlose Angriffe gegen die Arme vorbrachte habe. Kriegsminister v. Kattenborn-Sachau betont, daß in keiner Weise die Arme die Öffentlichkeit zu scheuen habe. Die Frage der Einführung des öffentlichen Militärgerichtsverfahrens sei gar nicht so wichtig, wie verschiedentlich angenommen werde.

Abg. Sahn (kon.) hat einen Antrag eingebracht, die den rationsberechtigten Offizieren der Fußtruppen gewährten Verbehalte auch den Offizieren der fahrenden Artillerie zu gewähren und demgemäß 233.000 Mk. mehr in den Etat aufzunehmen, dagegen aber 6700 Mk. Geldvergrößerung für Beibehaltung von Diensthörnern für Abjunkten zu streichen.

Kriegsminister v. Kattenborn erkennt die Berechtigung des Antrages an, der einem längst gefühlten Mangel abhelfe. Er werde auch gern seinen Einfluß im Bundesrath geltend machen, um die Annahme des Antrages dort zu bewirken.

Der Antrag Sahn wird hierauf angenommen. Bei dem Kapitel Artillerie und Waffenvesen führt der Abg. Ulrich (Soz.) Klage über angebliche Lohnbrüder und Lohnabzüge und andere Uebelstände in der Gewerbfabrik zu Spandau, indem er verschiedene einzelne Fälle zur Sprache bringt. Auch in der Lohnzahlung treten oft Verzögerungen ein, die für die Arbeiter sehr nachtheilig sind. Geldstrafen für Verpätungen und ungerathene fertige Lohnabzüge werden vielfach in ganz bedenklicher Höhe gemacht. Den Arbeitern fehlt vielfach der Muth, sich zu beschweren, weil auf erhobene Beschwerden gewöhnlich die Entlassung folge. Ähnlich wie in Spandau, wozüglich noch schlimmer, sind die Verhältnisse in der bayrischen Werkstat zu Amberg. Die Vertreter der Regierungen möchten ihren Einfluß dahin geltend machen, daß aus dem Fabrikant die Bestimmungen ausgegliedert werden, welche den Arbeitern die Zugehörigkeit zu sozialdemokratischen Vereinen bei Strafe der sofortigen Entlassung verbieten. Dadurch werden Heuchler erzogen.

Bundesrath-Kommissar Oberst Beigel: Die vom Vorredner gerügten Verhältnisse in der Spandauer Gewerbfabrik werden sofort auf ihre Richtigkeit hin geprüft werden. Ich kann indessen schon jetzt sagen, daß eine Anzahl von Einzelheiten der Wahrheit nicht entsprechen.

Das Verbot des Beitritts von Arbeitern zu sozialdemokratischen Vereinen wird aufrecht gehalten werden. Bayerischer Bundesbevollmächtigter Oberst von Haag befreit, daß in der Amberger Gewerbfabrik solche Zustände, wie hier vom Abg. Ulrich behauptet worden ist, bestehen. Die Klagen sollen indessen in jedem Falle genau untersucht werden.

Der Militär-Etat wird hierauf ohne weitere Debatte definitiv genehmigt.

Beim Marine-Etat. Kapitäl Wert-Betrieb, bringt der Abg. Bruns (Soz.) Klagen vor über die Behandlung der Arbeiter auf den Kaiserlichen Werften, besonders in Wilhelmshaven. Die Löhne seien gering, die Bestimmungen der Arbeitsordnung rigoros und würden mit Strenge gehandhabt. Sie beschränkten auch die Arbeiter in ihrer Zugehörigkeit zu politischen Parteien.

Staatssekretär Admiral Hollmann: Die Lohnverhältnisse in Wilhelmshaven sind nach Lohnklassen geregelt, da wir uns nun einmal mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln behelfen müssen. Diese Angelegenheiten sollen noch einer besonderen Prüfung in der Marine-Verwaltung unterworfen werden, ich kann aber nicht sagen, ob es möglich sein wird, alle Wünsche des Vorredners zu erfüllen. Die Bestimmungen, daß Arbeiter, welche sich sozialistische Untertriebe zu Schulden kommen lassen, sofort entlassen werden, sind praktisch, und es liegt kein Grund vor, davon irgendwo abzugehen. In Anwendung haben diese Bestimmungen bisher aber nicht gebracht zu werden brauchen.

Abg. Singer (Soz.) meint, daß die zuletzt erwähnte Bestimmung außer Kraft gesetzt werden könnte, denn sie habe mit dem Erlöschen des Sozialistengesetzes alle Bedeutung verloren. Solche Bestimmungen werden sehr leicht dazu benutzt, das Koalitionsrecht der Arbeiter illusorisch zu machen. Herr von Bütticher ist bei den Bau des Norddeutsche-Kanals zu dem Entschlusse gekommen, der Einstellung sozialistischer Arbeiter nicht durch Bestimmungen in der Arbeitsordnung entgegenzutreten. Das Gleiche würde sich auch für die Marine-Verwaltung empfehlen.

Abg. Richter (frei.) findet die bezügliche Bestimmung der Arbeitsordnung allerdings schädlich. Er bittet, bei Prüfung der Lohnverhältnisse auch auf die übrigen Werften Rücksicht zu nehmen.

Abg. von Schallha (Centr.) tritt den Forderungen der sozialdemokratischen Abgeordneten entgegen. Den Rechten der Arbeiter stehen die Rechte der Arbeitgeber gegenüber, denen es schadet sein muß, Leute zu beschäftigen, die ihnen gefallen, und nicht andere.

Abg. Sine (Centr.) kann die Ansicht von Schallha's nicht theilen. Eine Ausbreitung der Arbeiter wegen ihrer politischen Gesinnung ist nicht zu billigen.

Abg. Bebel (Soz.) konstatirt, daß sich in sozialen Fragen jetzt zwei Strömungen der Centrums-Partei bemerkbar machen. Zur Zeit des Kulturkampfes habe die Centrums-Partei anders über die Rechte katholischer Arbeiter gedacht.

Darauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. (Fortsetzung der Etatsberatung, Patentgesetz, ostafrikanische Schutztruppe Petitionen.)

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

57. Sitzung vom 14. März.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr mit folgenden Worten: Das Haus ist von einem überaus großen, schweren Verlust betroffen worden. Der Abgeordnete Dr. Windthorst ist verstorben. Noch bis vor wenigen Tagen nahm er, wie immer, regelmäßig an unseren Sitzungen Theil. Dann befahl ihn eine Lungenentzündung, welcher er heute Morgen um 8¼ Uhr erlegen ist. Der Verstorbenen gehörte dem Hause seit 1867 an und hat an den Arbeiten desselben stets einen so hervorragenden, oft ausschlaggebenden Antheil genommen, daß die Lücke, die sein Tod verursacht, noch lange schmerzlich im Hause empfunden werden wird. Ich bitte Sie, sich zu Ehren des Andenkens des Verstorbenen von Ihren Sitzen zu erheben. (Beifall.)

Das Haus tritt nunmehr in die Tagesordnung ein, deren einziger Gegenstand die dritte Beratung des Gewerbeverordnungsgegesetzes bildet.

In der Generaldebatte bemerkt der Abg. Richter (Chr.): Das Gesetz bringt vielen kleinen Gewerbebetriebe Erleichterungen, doch muß betont werden, daß die Gewerbesteuer auf die Dauer als direkte Staatssteuer nicht aufrecht erhalten werden kann. Die großen Betriebe werden die Mehrbelastung aus der neuen Gewerbesteuer sehr zu empfinden haben, und dazu kommt, daß dieselben durch die Sozialreform schon sehr in Anspruch genommen sind. Ich verwe gegen die Vorlage stimmen.

Abg. v. Ranschau (kon.) erklärt, seine Freunde würden, trotz mancher Bedenken im Einzelnen, für das Gesetz stimmen. Ferner frage er an, ob nicht vielleicht mit Rücksicht auf die neue Langenmeideordnung das Gewerbeverordnungsgegesetz zu einem früheren Termin als 1894 in Kraft treten könne.

Finanzminister Dr. Miquel: Nach eingehenden Erwägungen hat sich die Regierung für das Jahr 1894 entschieden. Die Uebergangszeit wird einige Schwierigkeiten machen, namentlich da auch eine Ueberanlagung der Gewerbeverordnungsgegesetz stattfinden muß. Die Ueberanlagung ist immer die Hauptsache und damit dürfen wir uns nicht überbeln.

Abg. Brömel (Chr.) erklärt, daß trotz aller Bedenken ein großer Theil seiner Freunde für das Gesetz stimmen würde. Die vom Abg. Richter geltend gemachten Einwände theilte er vollkommen, aber für ihn und einen Theil seiner Freunde sei die Erleichterung der kleinen Betriebe die Hauptsache. Die Mängel des neuen Gesetzes seien viel geringer als die des alten.

Abg. Flech (Centr.): Das Gesetz bedeutet einen wirklichen Fortschritt. Darum bitte ich Sie, dasselbe anzunehmen. Wir wollen dafür stimmen, obwohl wir im Einzelnen noch manches zu wünschen hätten.

Damit schließt die Generaldebatte. Bei § 4 spricht Abg. Graf (Oberfeld, natl.) seine Anerkennung über die Beiläufe zweiter Lesung aus, wonach Verzeite und Rechtsanwälte nicht gewerbesteuerpflichtig seien. Den Verzeiten beiderseits sei man es schuldig, sie nicht auf gleiche Stufe mit den Gewerbebetrieblenden zu stellen.



